

Januar/Februar 2008

## Termine

**07.02.2008-17.02.2008**

58. Internationale Filmfestspiele  
Berlin: Berlinale 2008

**11.02.2008-15.02.2008**

Sitzungswoche  
Deutscher Bundestag

**15.02.2008**

ECHO Verleihung 2008 in Berlin

**18.02.2008-21.02.2008**

Sitzungswoche  
Europäisches Parlament  
Straßburg

**18.02.2008-22.02.2008**

Sitzungswoche  
Deutscher Bundestag

**21.02.2008 - 24.02.2008**

MotorWelt Berlin

**25.02.2008**

CDU-Bundesvorstand

**03.03.2008-07.03.2008**

Sitzungswoche  
Deutscher Bundestag

**04.03.2008-09.03.2008**

CeBIT—Computermesse  
in Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!

Hinter uns liegt ein für Deutschland außerordentlich erfolgreiches Jahr. Die Arbeitslosigkeit ist so stark gesunken wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Schnitt ist die Zahl der Erwerbslosen um 711.000 Menschen zurückgegangen. Besonders erfreulich ist daran der Anteil 570.000 neu entstandener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Insbesondere die Bauindustrie befindet sich nach langer Krise endlich wieder im Aufwind. 2007 war das zweite Wachstumsjahr in Folge. Die Auftragslage verbesserte sich um erneute 3,6 Prozent. Auch die Zahl der Beschäftigten in der Baubranche legte mit fast einem Prozent weiter zu auf durchschnittlich 714.000 Personen.



Ebenso sind wir ein großes Stück vorangekommen bei der Sanierung der öffentlichen Kassen. Erstmals seit 1989 ist der Staatshaushalt, also die Gesamtschau der Etats aus Bund, Ländern, Kommunen und gesetzlichen Sozialversicherungen, wieder ausgeglichen. Unter dem Strich ist sogar ein leichtes Plus von 70 Millionen Euro erwirtschaftet worden. Gleichzeitig fiel die Neuverschuldung im Bundeshaushalt mit 14,3 Milliarden auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dieser Wert wird auf Druck der CDU/CSU-Fraktion in diesem Jahr weiter gesenkt werden auf dann 11,9 Milliarden.

Diese Erfolge verdankt Deutschland der guten Konjunktur. Zweifelsohne wäre das Wachstum der vergangenen zweieinhalb Jahre aber nicht bei uns angekommen ohne die vorausschauende Politik der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel. Dem Leitmotiv Investieren, Sanieren, Reformieren sind wir auch weiterhin verpflichtet. Diese Arbeit gilt es fortzuführen in den verbleibenden 20 Monaten. Nach den teilweise besonders heftig geführten Wahlkampfauseinandersetzungen heißt es für alle Beteiligten der Großen Koalition daher nun, wieder zur Sachlichkeit zurückzukehren.

Wichtige Projekte liegen noch vor uns, die wir jetzt angehen müssen. Die Reform der Pflegeversicherung kann nicht auf die lange Bank geschoben werden. Bei der Neufassung des BKA-Gesetzes wird die SPD-Fraktion endlich ihre Blockadehaltung aufgeben müssen. Ebenso stehen Kündigungsschutz und Investivlohn weiterhin auf der Agenda. Schließlich ist es von elementarer Bedeutung für unser Land, die Verhandlungen der Föderalismuskommission II zu einem guten Erfolg zu führen.

Bei dem letzten Thema halten wir nach wie vor Verschuldungsgrenzen ähnlich den Maastricht-Kriterien für sinnvoll und notwendig. Seitens der Sozialdemokraten empfangen wir mittlerweile erste Signale für eine mögliche Einigung. Offenbar hat man auch dort erkannt, dass für derart große Projekte wie die Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern die besten Chancen im Rahmen einer Großen Koalition bestehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Schmitt, MdB

# Union will Unternehmensnachfolge erleichtern

## Von Peter Rzepka, MdB

Wir haben im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart, zur erleichterten Übertragung von Unternehmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland die Erbschaftsteuer zu reformieren. Unseren Überlegungen, die Steuer ganz abzuschaffen, nachdem das Bundesverfassungsgericht sie in ihrer jetzigen Form für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt hat, ist die SPD leider nicht gefolgt.

Der Deutsche Bundestag wird den jetzt vorliegenden Regierungsentwurf im Frühjahr verabschieden, damit er noch in der ersten Jahreshälfte in Kraft treten kann. Der Entwurf enthält etliche Kernforderungen der Union wie die Begrenzung des Aufkommens auf 4 Mrd. Euro, die Verschonung von mehr als 90 Prozent der Erbfälle von der Steuer sowie die weit überwiegende Steuerfreistellung des familiären Wohneigentums. Natürlich wird auch die Unternehmensnachfolge erleichtert. So sollen Betriebsvermögen und Anteile an Kapitalgesellschaften weitgehend steuerfrei übertragen werden können – und zwar auch dann, wenn dieses Vermögen sich außerhalb der Grenzen Deutschlands befindet.

Künftig ist nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts der Verkehrswert für sämtliche vererbte Vermögenswerte der Ausgangspunkt für die Besteuerung. Dabei wird auf bewährte Bewertungsmethoden zurückgegriffen. Um die Höherbewertung auf Basis der Verkehrswerte auszugleichen, sieht der Regierungsentwurf eine massive Anhebung der Freibeträge vor: Für Ehepartner von bisher

307.000 € auf 500.000 €, für Kinder von 205.000 € auf 400.000 € und für Enkelkinder von 51.200 € auf 200.000 €. Eltern z.B. erhalten einen Freibetrag von 100.000 €. Auch die bisherigen Versorgungsfreibeträge sollen bleiben. Eingetragene Lebenspartner sollen ebenfalls von dem für Ehegatten geltenden hohen Freibetrag profitieren.

Die Tarife in der Steuerklasse I reichen, wie bisher, von 7 % bis 30 %. Der günstige Eingangssteuersatz von 7 % geht künftig statt bis 52.000 € sogar bis 75.000 €. In den Steuerklassen II und III liegen die Sätze künftig bei 30 % bis 50 %, was im Durchschnitt zu einer höheren Belastung dieser Personengruppe führen wird.

Damit die vorgesehene Begünstigung von vererbtem Betriebsvermögen bei einer erneuten Überprüfung durch das Verfassungsgericht Bestand haben kann, machen wir den Erhalt des überwiegenden Teils der Arbeitsplätze und des Betriebsvermögens zur Bedingung. Gelingt das nicht, kommt es zu einer Nachversteuerung. Aufgrund einer Re-Investitionsklausel bleiben innerbetriebliche Umstrukturierungen innerhalb dieser so genannten Behaltensfrist aber weiterhin möglich.

Die Unions-Fraktion will im bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren noch Verbesserungen an dem vorliegenden Entwurf erreichen. Die langen Fristen für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Betriebsvermögen von 15 und 10 Jahren müssen verkürzt und in der Anwendung unbürokratisch ausgestaltet werden. Eine mögliche Doppelbelastung mit Erbschaft- und Einkommensteuer ist auszuschließen.

## Aufstieg durch Bildung

### Von Prof. Monika Grütters MdB

Das Bundeskabinett hat die Qualifizierungsinitiative beschlossen. Unter dem Titel „Aufstieg durch Bildung“ hat die Bundesregierung zentrale Maßnahmen gebündelt mit dem Ziel, das deutsche Aus- und Weiterbildungswesen in Qualität und Wirkungsbreite zu verbessern und somit zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung in Deutschland beizutragen. Wir setzen damit ein klares Signal für die Stärkung der Bildungschancen in allen Lebensbereichen, von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung in den späteren Jahren. Deutschland braucht eine gemeinsame Anstrengung, um schneller voran zu kommen und die Fachkräftebasis für morgen zu sichern.

Besonderes Augenmerk der Initiative gilt der Gruppe Jugendlicher, deren Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz erfolglos geblieben sind. Mit dem Instrument eines

Ausbildungsbonus sollen neue Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden. Wenn ein Betrieb sich zur Einstellung eines förderungswürdigen Jugendlichen entschließt, kann der Bonus bis zu 6.000 Euro betragen. Außerdem sollen diese jungen Menschen von einem Ausbildungsbaustein-Programm profitieren und je nach Bedarf schrittweise an einen Abschluss herangeführt werden.

Die Reformanstrengungen, die hier nötig sind, kann die Bundesregierung allerdings nicht alleine leisten. Hier sind insbesondere die Länder in der Verantwortung, ihren Teil zur Qualifizierungsinitiative beizutragen. Dabei muss alles getan werden, um den jungen Leuten eine berufliche Perspektive zu geben und gleichzeitig den Fachkräftebedarf unserer Wirtschaft zu decken. Nur wenn wir unsere Qualifizierungsreserven ausschöpfen, werden wir unseren Wohlstand bewahren können. Die Jugend ist dafür unsere wertvollste Ressource.

## Präsidentenwahlen in Russland

Von **Karl-Georg Wellmann, MdB**

Russland hat seit Dezember ein neues Parlament und wird Anfang März einen neuen Präsidenten wählen. Dieser heißt voraussichtlich Dimitrij Medwedjew. Er wurde von Präsident Putin vorgeschlagen, seine Wahl gilt als sicher. Was bedeuten diese politischen Entscheidungen in Russland für uns? Bei allen Sorgen über demokratische Defizite müssen wir eines im Auge behalten: Medwedjew ist ein wirtschaftspolitisch und westlich geprägter Politiker. Seine Nominierung ist ein Signal an den Westen, dass Russland keine konfrontative Außenpolitik verfolgen wird. Medwedjew wird unser primärer Ansprechpartner mit außenpolitischer Kompetenz. Weil viele globale Probleme, von der Energie bis zu den

Krisen im Nahen Osten, nur gemeinsam mit Russland gelöst werden können, haben wir Interesse an einer engen Kooperation. Wir müssen diese Themen in Augenhöhe mit Russland besprechen, ohne dabei unsere Prinzipien zu verraten. Dann können wir auch Kritik an bestimmten Zuständen äußern. Eine Missionierung Russlands ist dabei weder möglich noch sinnvoll. Nach dem Regierungswechsel in Polen gab es schon deutliche Fortschritte im Verhältnis zu Russland. Der neue Ministerpräsident Tusk ist bestrebt, das polnische Verhältnis zu Russland zu entspannen. Dieses macht eine stärkere Europäisierung unserer Ostpolitik möglich. Gemeinsam mit Polen kann Deutschland dabei eine Vorreiter-Rolle übernehmen.

**27.000.000.000**

Von **Kai Wegner, MdB**

Bürokratie in Form von Informationspflichten kostet die deutsche Wirtschaft mindestens 27 Milliarden Euro pro Jahr. Zu diesem Zwischenstand kommt der Nationale Normenkontrollrat in seinem ersten Jahresbericht. Außerdem startete das im Herbst 2006 eingesetzte Gremium im vergangenen Jahr 333 Initiativen für Änderungen von Rechtsetzungen, die letztendlich zu einer Entlastung der Unternehmen von mehr als 700 Millionen Euro führten. Für den Spandauer Bundestagsabgeordneten **Kai Wegner** ein Beleg für den Erfolg des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ der CDU-geführten Bundesregierung: „Bürokratieabbau ist gut gestartet. Noch wichtiger ist aber, dass wir jetzt wissen, in welcher Größenordnung die Wirtschaft durch Bürokratie belastet

wird und dass eine spürbare Reduktion das Gebot der Stunde ist.“

Auch für die Bürger ist Entlastung in Sicht, denn in seinem Bericht empfiehlt der Normenkontrollrat ebenfalls, zeitnah mit dem Abbau der Bürokratiekosten der Bürger zu beginnen. Methodische Fragen sowie Zeitplan und Ablauf des notwendigen Messprozesses sollten bis zum Sommer 2008 geklärt werden, damit im Anschluss an die Kostenmessung der Wirtschaft mit der Messung der Informationskosten der Bürger begonnen werden kann. „Die eingesetzten Instrumente greifen also. Um das ambitionierte Ziel, 25 Prozent der Bürokratiekosten in Deutschland bis zum Jahr 2011 abzubauen, tatsächlich zu erreichen, muss jetzt der eingeschlagene Weg konsequent fortgesetzt werden,“, so **Wegner** abschließend.

## Chinesischer Dissident nach Brief an Merkel inhaftiert

Ein gutes halbes Jahr vor den Olympischen Spielen in Peking macht der Bundestagsabgeordnete **Ingo Schmitt**, der auch Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist, auf die weiterhin schlechte Menschenrechtslage in China aufmerksam. Bereits im Herbst vergangenen Jahres verhaftete der Staatssicherheitsdienst die beiden Anwälte Gao Zhisheng und Li Heping. Im Dezember wurde dann der Menschenrechtsaktivist und Dissident Hu Jia festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, er habe über das Internet dazu aufgerufen, die Staatsgewalt zu untergraben. **Ingo Schmitt** dazu: „Hu Jia nahm im Oktober telefonisch an einer Pressekonferenz des Europäischen Parlaments zum Thema

Menschenrechte teil. Daneben berichtete er in seinem Internet-Blog über politische Häftlinge und olympiabedingte Enteisungen.“

Den Anlass für die Festnahme lieferte der chinesischen Führung jetzt ganz offenbar ein Brief Hu Jias. Mit diesem bedankte er sich im November bei Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür, dass sie den Dalai Lama empfangen hatte. **Schmitt** begrüßt, dass der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, die Forderung von fast 60 chinesischen Intellektuellen nach der Freilassung des Bürgerrechtlers unterstützt. Hu Jia und seine Frau Zeng Jinyan sind aufgrund ihres mutigen Einsatzes für den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments nominiert.

## Sicherer Surfraum mit der Initiative „Ein Netz für Kinder“

Von **Prof. Monika Grütters MdB**

Auf die Schaffung eines sicheren Surfraums im Internet für Kinder möchte die Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters** Eltern, Kinder und Jugendliche aufmerksam machen:

Auf der Internetplattform [www.fragFINN.de](http://www.fragFINN.de) ist im Rahmen der Initiative „Ein Netz für Kinder“ der erste geschützte Surfraum für Kinder geschaffen worden. Ziel des Projekts ist es, einen Bereich im Internet zu schaffen, der für Kinder unbedenklich ist und das leichte Auffinden interessanter und vielfältiger Angebote ermöglicht. Kinder sollen durch ein umfangreiches kindgerechtes Angebot davon abgehalten werden, für sie ungeeignete Angebote aufzurufen. Gleichzeitig sollen sie mit Hilfe der positiven Angebote Medienkompetenz erwerben, indem sie einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Medium Internet erlernen und die Netzstruktur begreifen. Mit dieser gesamtgesellschaftlichen Initiative aus Politik und Wirtschaft soll das Vertrauen in das Medium Internet gestärkt werden.

„Das Internet hat für Kinder und Jugendliche einen großen Reiz. Mit seinen vielfältigen Möglichkeiten ist es für die kindliche Entdeckerlust ein wunderbarer Spielplatz. Es ist zwar schwierig, das Internet in seiner rasanten Entwicklung zu kontrollieren“, meint **Monika Grütters**, „aber es gibt im Internet auch zahlreiche spannende und lehrreiche Seiten. Mit ‚Ein Netz für Kinder‘ finden Kinder den Zugang zu diesen guten Seiten.“

Mit Hilfe verschiedener, leicht anzuwendender technischer Systeme können PCs so konfiguriert werden, dass Kinder sich nur auf diesen überprüften Seiten bewegen können. Auf der Webseite [www.fragFINN.de](http://www.fragFINN.de) werden alle Schutzmechanismen kostenlos zum Download angeboten.

# Integration kann nur miteinander gelingen

Von Kai Wegner, MdB

Insgesamt 376 Experten aus Bund, Ländern, Kommunen, gesellschaftlichen Gruppen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Medien, Wissenschaft und Migrantenorganisationen trafen sich im Juli letzten Jahres im Bundeskanzleramt, um an einer besseren Integrationspolitik in Deutschland mitzuarbeiten. Das Ergebnis wurde jüngst im Bundestag verabschiedet: Der Nationale Integrationsplan. Unter dem Motto „Neue Wege – Neue Chancen“ beinhaltet der Nationale Integrationsplan eine Vielzahl von Maßnahmen, die in Zukunft eine bessere Integration der Mitbürger mit Migrationshintergrund gewährleisten werden. Ein Beispiel ist dafür die Verbesserung der Quantität und Qualität von Integrationskursen. Das sind nicht nur Sprachkurse, sondern darin wird auch etwas über die Kultur, die rechtlichen Grundlagen und das Wertesystem unseres Landes vermittelt. 250.000 Teilnehmer haben diese Kurse bereits besucht. Die Bundesregierung wird die finanzielle Förderung für diese sowie speziellen Zielgruppenkurse erheblich aufstocken.

Auch die Bundesländer übernehmen mehr Verantwortung in Sachen Integration. Sie haben sich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Deutsch zukünftig schon im Kindergarten gelernt wird und flächendeckend Sprachtests für Vorschulkinder durchgeführt werden.

Aus meiner Sicht ein längst überfälliger Schritt, denn mit Blick auf die demografische Entwicklung muss man feststellen: Wenn wir bei der Integration gerade der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht für eine gute Zukunft sorgen, dann hat unser Land keine gute Zukunft.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Integrationsplans ist die Verbesserung der Berufschancen. Mit der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ haben sich bereits 130 Unternehmen mit mehr als 1,1 Millionen Beschäftigten verpflichtet, die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Unternehmenskultur in Deutschland voranzubringen. Ein symbolischer, aber notwendiger Schritt, der durch eine Absichtserklärung ausländischer Unternehmer flankiert wird, um 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bis zum Jahr 2010 zu schaffen.

Der nationale Integrationsplan hat vor allem eine Aufgabe: ein gemeinsames Verständnis von Integration zu entwickeln. Die Grundlage hierfür ist - ohne Wenn und Aber - das Erlernen der deutschen Sprache und die Anerkennung unserer Rechtsordnung mit seinen grundgesetzlich geschützten Werten. Trotzdem ist Integration keine Einbahnstraße, sondern verlangt von jedermann Toleranz und Offenheit im Zusammenleben. Nur wenn Gesellschaft als solche zusammenarbeitet, kann Integration gelingen.



Der Verein Deutsch-Arabische Freundschaft fördert erfolgreich die Integration von Migranten in Spandau

## KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der  
Berliner Landesgruppe  
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



**Ingo Schmitt**  
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362  
Fax: 030. 227-76463  
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



**Prof. Monika Grütters**

Tel: 030. 227-70222  
Fax: 030. 227-76223  
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



**Peter Rzepka**

Tel: 030. 227-70999  
Fax: 030. 227-76999  
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



**Kai Wegner**

Tel: 030. 227-77610  
Fax: 030. 227-76312  
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



**Karl-Georg Wellmann**

Tel: 030. 227-70300  
Fax: 030. 227-76304  
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

## IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1 · 10111 Berlin